# Liberal

LDP
Liberal.

Liberal.
Demokratisch.
Pointiert!

Dezember 2019

# Wir bleiben auf dem Boden – trotz des Aufstiegs zur stärksten bürgerlichen Partei



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Liebe Liberale,

Nach Bekanntwerden der Resultate der Nationalratswahlen stürzten sich die Medien auf die Gewählten der Linksparteien und der Grünliberalen. Der starke Zuwachs an Stimmen der LDP wurde zwar erwähnt, nicht aber kommentiert geschweige denn gewürdigt.

Auch schleierhaft sind die Äusserungen des Chefredaktors der Basler Zeitung, die LDP hätte keine Inhalte gehabt. Seltsam, dass unser Resultat, das ja völlig konträr ist zu den starken Verlusten der anderen Bürgerlichen, nicht mehr hervorgehoben worden ist. Das mag beleidigt klingen. Wenn eine Partei aber über mehrere Wahlgänge im Kanton, in Riehen und bei den Nationalratswahlen zulegen kann, hat sie keinen Grund, wegen der teilweisen Ignoranz einzelner Journalistinnen und Journalisten beleidigt zu sein.

#### Kein Grund für Überheblichkeit

Wir haben auch keinen Anlass wegen unseres Erfolgs oder des Misserfolgs der übrigen Bürgerlichen überheblich zu werden oder Triumphgeheul anzustimmen, wie das die Linken an Wahl- und Abstimmungstagen seit einiger Zeit ritualisieren. Der herbe Verlust der CVP und der FDP bereitet uns im Gegenteil Sorgen. Oft bin ich angesprochen worden, wir von der LDP müssten doch jetzt den Lead der Bürgerlichen übernehmen. Das ist sicher gut gemeint, entspricht aber nicht unserem Selbstverständnis. Die LDP erlebte auch schon schwierige

Zeiten mit Mandatsverlusten, wir waren auch schon schwer enttäuscht, weil es nicht gelang, die Gunst der Wählerschaft zu gewinnen. Jetzt ist es anders. Dennoch ist eher Demut geboten als Überheblichkeit und schulmeisterliches Gehabe gegenüber den bürgerlichen Partnern. Die Zusammenarbeit bleibt eng mit FDP und CVP. Ihre Probleme müssen sie selber lösen.

#### Enttäuschung Ständeratswahl

Die Ständeratswahlen haben für uns enttäuschend geendet. Die vielen Stimmen, welche die SP-Kandidatin erhalten hat, erstaunen. Offenbar haben auch viele Bürgerliche eine linke Vertretung im Stöckli gewollt. Mein Resultat war nicht gut. Es ist uns im Team nicht gelungen, den Unterschied zur linken Kandidatin aufzuzeigen.

Das Volk hat entschieden. Ich habe Eva Herzog gratuliert. Wir werden beobachten, ob sie eine Ständerätin für alle Einwohnerinnen und Einwohner von Basel, Riehen und Bettingen wird. Für mich war schön zu sehen, wie viele Leute meine Kandidatur mit grossem persönlichem und auch finanziellem Einsatz unterstützt haben. Ich würde es - trotz des unbefriedigenden Resultats - wieder machen. Vielleicht hätte ich doch ein zusätzliches Inserat schalten sollen und meinen Sohn zu Worte kommen lassen müssen; er schlug folgenden Text vor: "Wählen Sie bitte meine Mutter in den Ständerat und meinen Vater in den Nationalrat damit ich zwölf sturmfreie Wochen pro Jahr geniessen kann!"

#### Weiter sind alle gefordert

Mit dem Vormarsch der Grünen wird es nicht einfacher, unsere Anliegen mit Aussicht auf Erfolg einzubringen. Wir müssen uns enorm anstrengen, gefordert sind wir alle, unser Regierungsrat, unser Nationalrat und unsere Grossratsfraktion. Ich vergesse den Gemeinderat und den Bürgerrat ebenso wenig

wie den Einwohnerrat Riehen oder den Bürgergemeinderat, dort sind aber die Trendthemen nicht so ausgeprägt. Bereits sind wir in den Vorbereitungs-

arbeiten für die Gross- und Regierungs-

#### Inhalt

Wir bleiben auf dem Boden - trotz Aufstiegs zur stärksten bürgerlichen Partei

Seite 1

Der Fraktionspräsident: Ein Mittwoch im November

Die nationalen Wahlen in Basel-Stadt

Seite 2

Der Grossratspräsident: Die Augen der Öffentlichkeit

Seite 3

Unser Nationalrat:
Die neue politische Situation – auch
eine Chance

Seite 4

Kulturvertrag mit BL und Museumsgesetz: Perfektion sieht anders aus

Seite 5

Kulturleitbild: Höchstens eine halbe Sache

Seite 6

Riehens Liberale reagieren: Steuerreduktion und Personalstop

Seite 7

Conradin Cramer: Nach der Wahl ist vor der Wahl

"Rührender" Anlass der JLB

Seite 8

#### Liberal

ratswahlen vom Oktober 2020. Wegen des neuen Wahl-Gesetzes und zahlreicher Rücktritte wird es ausnehmend schwierig, alle Sitze zu halten. Dennoch bleibt das unser Ziel. Auch dazu sind wir wieder auf unsere treuen Mitglieder und die Sympathisierenden angewiesen, die uns immer so engagiert unterstützen. Ich kann Ihnen nicht genug danken für Ihren Einsatz. Nach wie vor macht es mir Freude, in dieser traditionellen Partei als Präsidentin wirken zu dürfen. Ich wünsche Ihnen Gesundheit und ein gutes, erfolgreiches 2020!

#### Die nationalen Wahlen in Basel-Stadt

Der "Grün"-Effekt hat auch im Kanton Basel-Stadt durchgeschlagen. Einen grossen Gewinn gemacht hat allerdings nur das "Original" des Grünen Bündnisses, während die Grünliberalen nur minim zulegten (dank geschickten Unterlistenverbindungen und Proporzglück aber trotzdem einen NR-Sitz erlangten). Im bürgerlichen Lager mussten alle ausser der LDP Verluste einstecken, wie die nachfolgende Aufstellung zeigt:

GB	+3,6	SP	-0,6
LDP	+3,5	CVP	-2,1
GLP	+0.5	FDP	-3,1
EVP	-0,3	SVP	-4,0
BDP	-0,7		

# Der Fraktionspräsident: Ein Mittwoch im November



Fraktionspräsident Michael Koechlin

Mittwochs heisst es zweimal im Monat Grossratssitzung. November heisst verbreitet Nebel und häufigere Tiefdruckgehiete mit aktiven Kaltfronten

Am Mittwoch, dem 20. November 2019, hatten wir also Grossratssitzung, inklusive Nachtsitzung. Und wir erlebten ein Tief in der politischen Debatte, eine geschlossene rot-grüne Front gegen jegliche Vernunft, Einsicht und Kompromissbereitschaft.

#### Klimaschutz als Vorwand

Unter dem Vorwand Klimaschutz, der ganz offensichtlich manchen rot-grünen Politikerinnen und Politikern die Vernunft massiv vernebelt, feuerten die Fraktionen SP und Grünes Bündnis eine Salve von halb- bis ganz unsinnigen Vorstössen, und gewannen die Abstimmungen jeweils mit knappem Mehr. Das ging von sinnloser Gängelung der Marktfahrer über grossflächigen staatlichen Gemüseanbau in der Stadt, über eine aufwändige Klimafolgenabschätzung bis hin zu absurd strengen Vorschriften für die IWB.

Das Besondere an der Debatte zu diesen Vorstössen war, dass der für Klimathemen zuständige Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, SP Regierungsrat Christoph Brutschin, versuchte, seine Fraktion dazu zu bringen, die Vorstösse zumindest nicht als Motionen, sondern wenn überhaupt, als Anzüge an die Regierung zu überweisen.

### Erfolgloser Appell an die Vernunft

Brutschin tat dies mit fundierter Sachkenntnis, mit eindrücklichen Verweisen auf all das, was der Kanton Basel-Stadt in Sachen Umwelt bereits - und sehr erfolgreich - macht. er tat dies mit einem persönlichem Appel an die Vernunft und für tragfähige Kompromisse, mit Hinweisen auf sachliche Fehler in den Vorstös-

sen und teils sogar auf die Zuständigkeit des Bundes und nicht des Kantons. Er blieb erfolglos.

#### Links-grüne Beschäftigungs-Therapie

Fazit: Die Fraktionen der SP und des Grünen Bündnisses haben das Klima im Grossen Rat auf einen Tiefpunkt gebracht. Sie haben der Regierung und Verwaltung eine sinnlose Beschäftigungstherapie verpasst und haben dazu beigetragen, dass der Pendenzenberg unerledigter Geschäfte weit über die Baumgrenze hinausgewachsen ist. Von 95 Traktanden haben wir an zwei Mittwochen, inklusive einer Nachtsitzung, im November gerade mal deren 35 geschafft.



Nachdenkliche Gesichter auch bei der LDP-Fraktion, nachdem in der Novembersitzung praktisch jeder noch so unsinnige Vorstoss von links--grün eine Mehrheit im Grossen Rat fand. Foto: Michael Fritschi

# LDP will Rückkehr zu effizientem Parlamentsbetrieb

Ein Team der LDP Fraktion hat einen parlamentarischen Vorstoss auszuarbeiten zur Eindämmung der Vorstoss-Flut und für die Sicherung eines vernünftigen und effizienten Parlamentsbetriebs. Wir sind ein Milizparlament, und das soll auch so bleiben. Aber das heisst, dass wir mit den verfügbaren Ressourcen wirkungsund verantwortungsvoll umgehen müssen. Ganz abgesehen davon, dass unsinnige Vorstösse auch Regierung und Verwaltung stark belasten. Und die sind,

notabene, bezahlt aus Steuergeldern. Wenn sie Stunden dafür aufwenden müssen, um einen Anzug einer Grossrätin zu beantworten, der staatlichen Gemüseanbau auf dem Schützenmattpark verlangt, oder eine schriftliche Anfrage, welche nur noch regionale Musik in den Telefon-Warteschlaufen der Verwaltungsstellen erlauben will, dann ist das schlicht rausgeschmissenes Steuergeld und verantwortungslos.

Ich hoffe, dass die Wählerinnen und Wähler in Basel-Stadt das begreifen und nächsten Oktober entsprechend handeln. Und ich bin stolz, dass wir als LDP Fraktion konsequent eine sachliche, fachlich fundierte und in jeder Beziehung ressourcenschonende Politik betreiben. Das sehr ernste Thema Klimaschutz darf nicht zur ideologischen Lachnummer verkommen, sondern verlangt nach innovativen und verantwortungsvollen konkreten Lösungsvorschlägen. Und wie gesagt, wenn alle Welt in Sachen Umweltschutz und Umweltschutz-Gesetzgebung auf dem Niveau von Basel-Stadt wäre, könnte Greta in Ruhe die Weihnachtszeit geniessen.

# Der Grossratspräsident: Die Augen der Öffentlichkeit

Grossratssitzungen sind – im Gegensatz zu den Kommissionssitzungen - gemäss Geschäftsordnung des Grossen Rats öffentlich. Dies bedeutet, dass interessierte Personen auf der Tribüne Platz nehmen können oder aber am Computer über die Webseite des Grossen Rates live in Bild und Ton die Debatten verfolgen können. Natürlich können die Lesefreudigen auch ein Protokoll der Ratssitzungen von der Webseite herunterladen.



Grossratspräsident Heiner Vischer

Den «Live-Stream» auf der Webseite gibt es schon seit über 15 Jahren und er wird rege angeschaut und angehört. Die Tonaufnahmen werden gespeichert, sodass eine Sitzung auch im Nachhinein angehört werden kann.

#### Altersschwaches "Auge"

Nach den 15 Jahren ist die Kamera im Saal «in die Jahre gekommen» und entspricht keineswegs mehr den heutigen Erwartungen an Qualität und technischer Raffinesse. Das Büro des Grossen Rates (Geschäftsleitung) hat deshalb im Frühjahr entschieden, ein neues Kamerasystem im Ratssaal einbauen zu lassen, um diesen Missstand zu beheben. Das Resultat ist, dass nun zwei Kameras das Ratsgeschehen verfolgen und senden: Die eine ist fix installiert und nimmt immer den gesamten Ratssaal auf und die andere ist beweglich und fokussiert

(automatisch) auf den Sprecher oder die Sprecherin, und zeigt dabei auch den Namen und die Fraktionszugehörigkeit der sprechenden Person an. Die Bilder sind von guter, hochauflösender Qualität. Die Videoaufnahmen können neu gespeichert werden und sind somit jederzeit wieder abrufbar.

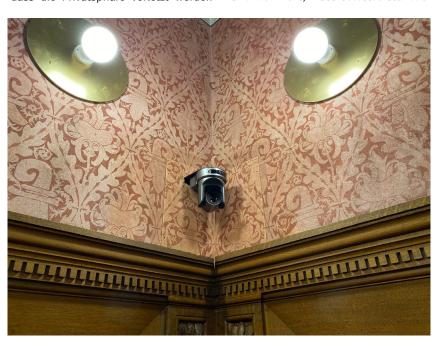
#### Unmut regte sich

Wie man sich vorstellen kann, hat es nicht lange gedauert, bis aus bestimmten Kreisen im Rat Unmut geäussert wurde und die Befürchtung aufkam, dass die Privatsphäre verletzt werden könnte, indem die Kameras Dokumente der Parlamentarier und Parlamentarierinnen aufnehmen würden. Kritisiert wurde auch, dass die Aufnahmen gespeichert werden.

Dazu ist zu sagen, dass zwar die neuen Kameras qualitativ besser sind als die alte Kamera, jedoch immer noch keinen «4K-Standard» aufweisen. Dies entspricht dem Standard, mit dem die meisten Handys heute Videos aufnehmen – diese sind also wesentlich besser als die Rathaus-Kameras!

#### Keine Geheimnisse sichtbar

Wenn man sich die Aufnahmen im Internet anschaut, kann man auch tatsächlich keine Details auf den Computern und Pulten der Ratsmitglieder erkennen. Es gibt dafür Blickschutzfolien, die auf den Computerbildschirm geklebt werden. Sie bieten Sichtschutz, wo die Privatsphäre geschützt werden soll. Dass man dafür feststellen kann, wer anwesend ist und wer nicht, muss selbstverständlich



möglich sein und ist für gewissenhafte Ratsmitglieder auch kein Problem! Zu ergänzen ist, dass Aufnahmen der auf der Tribüne anwesenden Besucher und Besucherinnen nicht zulässig wären und entsprechend auch keine gemacht werden. Der zweite Vorwurf, dass die Aufnahmen gespeichert werden, wurde mit dem Datenschutzbeauftragten des Kantons abgeklärt und ist nach seiner Einschätzung bedenkenlos. Die Kritik an den neuen Möglichkeiten, den Ratsbetrieb heute und morgen auch audiovisuell verfolgen zu können, entpuppt sich also als nicht stichhaltig und unzutreffend.

Es ist wichtig, dass auch eine breite Öffentlichkeit den Ratsbetrieb wahrnimmt und live von überall verfolgen kann, denn so wird die Demokratie erleb- und auch begreifbarer.

Die neuen Kameras sind also die «Augen der Öffentlichkeit» in unserem schönen Ratshaussaal.

# Unser Nationalrat: Die neue politische Situation – auch eine Chance

Die Kräfteverschiebung im Nationalrat wird dazu führen, dass verschiedene Anliegen der Linken bessere Realisierungschancen haben werden. Das kann uns als Bürgerliche ärgern. Es gilt aber, den Willen der Wählerschaft zu respektieren. Gleichzeitig tun die Wahlverlierer gut daran zu überlegen, was sie nicht so gut oder gar falsch gemacht haben.



Nationalrat Christoph Eymann

Für uns von der LDP ist die Lage komfortabler; wir haben dazu gewonnen und sind zur stärksten bürgerlichen Kraft im Kanton geworden. Wo könnten die Gründe liegen für diese atypische Tendenz? Sicher in den differenzierten Haltungen und den klaren Konturen unserer Partei: wirtschaftsfreundlich aber nicht wirtschaftshörig, liberal aber nicht libertär, sozial aber nicht umverteilungsbesessen, umweltfreundlich aber nicht oekofanatisch. Die LDP hat Themen, welche unserer Bevölkerung wichtig sind, stets aufgenommen, oft antizipiert. Tatbeweis statt Werbeslogans oder plumper Wahlkampf-Themen oder -Schachzüge könnte man auch sagen.

#### Wir unterscheiden uns

Wir unterscheiden uns von anderen Bürgerlichen, auch von der FDP, die ich ja in den letzten vier Jahren in Bern kennen gelernt habe. Die neue politische Kräfteverteilung kann auch eine Chance sein. Wenn zum Beispiel die FDP-Fraktion in Bern im nächsten Jahr meiner Haltung folgt und endlich mehr Geld für die Berufsbildung, die Universitäten, Fachhochschulen und die Weiterbildung

spricht, bringt dies die Schweiz voran und hilft kommenden Generationen, auf dem Arbeitsmarkt gegen internationale Konkurrenz bestehen zu können. Ein sehr wichtiges Ziel, schade, dass es zum Erreichen zuerst den Wahlsieg der Grünen brauchte, sie werden den Erfolg für sich beanspruchen, das hätte die FDP verhindern können, schon vor vier Jahren.

#### Keine offenen Flanken in der Umweltpolitik

Auch die Haltung zum CO2-Gesetz vor einem Jahr hat der FDP geschadet, hätte Präsidentin Petra Gössi nicht mutig und geschickt interveniert, wären die Verluste weit grösser geworden. Nicht nur hat die LDP durch ihre langjährige Umweltpolitik hier keine offene Flanke gehabt, unsere wirtschaftskompatiblen liberalen Ideen zur Verbesserung der Umwelt haben offensichtlich überzeugt. Auch hier sehe ich eine Chance: meine Vorstösse, welche die Förderung von Gebäudesanierungen und den Ausbau der Solarenergieproduktion verlangen, könnten künftig Mehrheiten finden – auch zum Wohle des Gewerbes.

### LDP -Profil soll Wählerschaft auch weiter ansprechen

Es geht nicht darum anzugeben oder zu zeigen, dass wir besser sind als andere. Auf die Gefahr hin, überheblich zu wirken: andere Bürgerliche werden Positionen einnehmen, welche die LDP schon seit langer Zeit vertritt. Die Wähler haben ganz offensichtlich bei anderen Defizite bemerkt und nicht goutiert. Das Profil der LDP aber hat die Wählerschaft angesprochen. Wir bleiben dran, die Grossratswahlen werden uns fordern.



Die gewählten Mitglieder des Nationalrates: (v.l.n.r.): Christoph Eymann (LDP), Katja Christ (GLP), Sibel Arslan (GB), Eva Herzog (SP), Beat Jans (SP).

# **Kulturvertrag mit BL und Museumsgesetz: Perfektion sieht anders aus**

Die LDP äusserte sich im Rahmen der Vernehmlassung zum Kulturvertrag mit dem Kanton Basel-Landschaft zwar erleichtert, dass damit Rechtssicherheit geschaffen wird. Bedauerlich ist aber, dass es nicht gelungen ist, den Nachbarkanton zu einer verursachergerechteren Abgeltung der städtischen Kulturinstitutionen zu bewegen. Bei der Teilrevision des Museumsgesetzes pocht die LDP auf mehr Freiheit für die einzelnen Museen und weniger Einmischung durch das Präsidialdepartement. In beiden Fällen: Perfekte Lösungen sehen wirklich anders aus!



Grossrätin Catherine Alioth

Der nun vorliegende Kulturvertrag ist das Resultat von intensiven Verhandlungen zwischen den Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft zu den Abgeltungszahlungen im kulturellen Bereich von BL an BS. Die Vorgeschichte: Aufgrund seiner schwierigen Finanzsituation und als Kompensation für die Zahlungen an die Universität beider Basel kündigte BL 2015 die bestehende Kulturvertragspauschale. Daraufhin beschloss BS 80 Mio. Franken zur Stärkung der Partnerschaft mit BL und knüpfte dabei diese Zahlung an verschiedene Bedingungen, wie beispielsweise, dass BL den Kulturvertrag nicht kündigt. So kann der bestehende Kulturvertrag zwischen BL und BS bis Ende 2021 weiterhin bestehen bleiben und für die Zeit nach 2022 neu ausgehandelt werden.

# Fixer Betrag statt dynamische Abgeltung

Im neuen Kulturvertrag ist nun festgehalten, dass BL an BS für kulturelle Zentrumsleistungen eine Abgeltung von jährlich 9,6 Mio. Franken leistet. Bisher war dies ein dynamischer Betrag, der 1% des Steueraufkommens der natürlichen Personen in BL entsprochen hat. In der letzten Laufperiode waren es im Schnitt 11.4 Mio. Franken pro Jahr. BL entrichtet die Abgeltung künftig an BS und nicht mehr an einzelne Institutionen. Die Verteilung der Mittel an die 17 Kulturinstitutionen erfolgt durch BS aufgrund von Kriterien, die vertraglich festgelegt werden. Die Gesamtsumme der Unterstützung bleibt dabei für die einzelnen Institutionen unverändert.

Als Resultat der Vernehmlassung haben die beiden Regierungen zwei wichtige, zusätzliche Neuerungen in den Ratschlag für den Grossen Rat und den Landrat aufgenommen: Erstens soll eine Erhöhung der Pauschale möglich sein. So wird diese zum ersten Mal 2028 und danach alle vier Jahre überprüft. Damit nehmen die Regierungen eine Anregung einer Mehrheit der Basler Parteien und Verbände auf. Sie hatten gefordert, den Vertrag um ein dynamisches Element, verknüpft mit einer Überprüfungsklausel, zu ergänzen. Der zweite bedeutende Kritikpunkt war, dass die Pauschale auf einen Betrag von 9,6 Mio. Franken fixiert wird. Die Regierungen haben deshalb beschlossen, eine jährliche Anpassung an die Teuerung im Vertrag zu verankern. Die LDP ist erleichtert, dass nun nach Jahren der finanziellen Unsicherheit für die 17 Kulturinstitutionen, die von einer Unterstützung der beiden Kantone profitieren, Klarheit und Planungssicherheit geschaffen werden und ihr Fortbestand

vorderhand gesichert ist. Die LDP bedauert jedoch, dass es nicht gelungen ist, eine verursachergerechtere Abgeltung für baselstädtische Kulturinstitutionen durch BL zu erreichen. Nach wie vor profitiert die Bevölkerung des Nachbarkantons vom quantitativ und qualitativ reichen Kulturangebot in BS. Der Systemwechsel auf den neuen, fixen Betrag, der tiefer ist als der Durchschnitt der letzten Jahre, ist unbefriedigend.

#### Mehr Selbständigkeit für die Museen

Neu sollen die fünf staatlichen Museen mit einem Globalkredit über jeweils vier Jahre mehr Selbständigkeit erhalten. Damit sollen sie künftig einfacher Rücklagen für grosse Ausstellungen bilden wie auch Über- oder Unterschreitungen des Budgets auf das Folgejahr übertragen können. Weiter sieht das revidierte Museumsgesetz vor, dass die staatlichen Museen auf Eintrittsgebühren verzichten können, um so ein breiteres Publikum zu erreichen. Der freie Eintritt soll für die Dauerausstellung gelten, bei Sonderausstellungen sind Gratiseintritte nicht erlaubt. Das Präsidialdepartement soll für die als kantonale Dienststellen geführten Museen zuständig bleiben und dafür sorgen, dass diese im Rahmen der strategischen Vorgaben der Regierung geführt werden.

Die LDP Basel-Stadt begrüsst grundsätzlich die Autonomie der einzelnen Museen und wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, deren Selbständigkeit



Mit dem neuen Museumsgesetz sollen die staatlichen Institutionen mehr Autonomie erhalten. Noch immer mischt sich der Staat aber zu fest ein.

aufrechtzuerhalten. Die einzelnen Direktionen müssen aber auch die Freiheit haben, mit Unterstützung der Museumskommissionen ihren Sammlungs-, Forschungs- und Ausstellungsaktivitäten frei wahrnehmen zu können.

#### Zu viel staatlicher Einfluss

Aus Sicht der LDP nimmt heute die Abteilung Kultur des Präsidialdepartements zu viel Einfluss auf die einzelnen Häuser. Die mit der Revision zementierten Abhängigkeiten von der Abteilung Kultur und vom zuständigen Departement wirken einengend. Die personelle Vernetzung der einzelnen Häuser mit der Universität muss beibehalten werden: so sollen die Hälfte der Mitglieder der Museumskommissionen weiterhin von der Universität gewählt werden. Dank dieser gemischten Zusammensetzung von Vertretern aus Gesellschaft und Wissenschaft besitzen sie eine grosse Kompetenz, die Museen unabhängig von der Verwaltung zu unterstützen und beraten. Die LDP erachtet es als richtig, dass von einer Ausgliederung aus der staatlichen Verwaltung Abstand genommen wurde, dies auch weil wichtige Mäzene und Mäzeninnen stets bekräftigt haben, ihre Zuwendungen der Allgemeinheit zukommen lassen zu wollen.

Wie sich die Neuerungen im revidierten Museumsgesetz in der Praxis niederschlagen werden, kann nur beantwortet werden, wenn auch die für deren Anwendungen massgebenden Verordnungen bekannt sind. Da dies nicht der Fall ist, fordert die LDP deren Offenlegung bevor endgültig über ein neues Museumsgesetz entschieden wird.

#### Verspätetes Leitbild

Zum neuen Kulturleitbild sei auf die nachfolgenden Ausführungen unserer Parteipräsidentin verwiesen. Zu bedauern ist auf alle Fälle, dass der Entwurf erst nach zweijähriger Verspätung vorliegt und damit die Reihenfolge nicht mehr stimmt. Richtiger wäre gewesen, zuerst das Kulturleitbild, dann das Museumsgesetz und schliesslich den Kulturvertrag mit BL zu formulieren.

Das Kulturleitbild stellt an sich hehre Ziele auf und fordert, dass Basel als Museums- und Musikstadt seine hervorragende internationale Reputation festigt und ausbaut. Zudem sollen gute Rahmenbedingungen für die freie Kunstund Kulturproduktion gefördert und der öffentliche Stadtraum als Kulturraum weiterentwickelt werden. Insgesamt muss sich das Kulturangebot verstärkt an den Bedürfnissen des Publikums ausrichten und für alle Bevölkerungsschichten zugänglich sein.

Diese Ziele sind allesamt unterstützenswert, jedoch sehr vage formuliert und es wird auch nicht gesagt, wie die Angebote finanziert werden sollen. Kein Wunder, kommt Patricia von Falkenstein auf den folgenden Seiten zum Schluss, dass das Kulturleitbild bestenfalls eine halbe (oder sollte man sagen: halbbatzige) Sache ist.

# Kulturleitbild: Höchstens eine halbe Sache

Als "ungenügend" taxiert die LDP den Entwurf für ein Kulturleitbild in der entsprechenden Vernehmlassung. Der Entwurf kümmert sich kaum um das Verhältnis von kulturellem Angebot und zur Verfügung stehenden Mitteln. Die wichtige Rolle privater Geldgeber wird nicht gewürdigt. Dazu werden wichtige Sparten schlicht vergessen. Vielleicht sollte man erst mal überlegen, ob sich "Kultur" überhaupt für ein Leitbild eignet.



Patricia von Falkenstein, LDP-Präsidentin und Grossrätin

In den 90er-Jahren begannen viele Firmen, Leitbilder zu verfassen, für Mitarbeitende und die Öffentlichkeit. Diese Art der Selbstbdarstellung ist auch von Dienststellen des Kantons übernommen worden. Parlamente verlangen Strategien, Masterpläne, Konzepte und eben Leitbilder. So auch für die staatlich geförderte Kultur. Es ist zwar nicht so, dass Museen, Theater oder Orchester ohne Kulturleitbild keine Ahnung hätten, was ihre Aufgabe ist. Gesetze, Verordnungen und das zuständige Departement,

zusammen mit dem Parlament, legten schon immer Ziele und Rahmenbedingungen fest.

Aber Zeitgeist und Grosser Rat verlangten ein Kulturleitbild. 2012 wurde es erstmals geschrieben, mit einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren. Weil der rechtzeitige Anschluss vom Präsidialdepartement verpasst wurde, hat man das Verfalldatum um zwei Jahre hinausgeschoben. Jetzt liegt der Entwurf für 2020 bis 2025 vor.

Die grundlegende Frage, ob sich Kultur überhaupt eignet, geleitet zu werden, wird nicht diskutiert. Man kann der Meinung sein, Kultur entwickle sich aus Ideen, spontanen, unkonventionellen und innovativen, aus der Kreativität der Kunstschaffenden. Ein starres staatliches Konzept, ein fixes Leitbild für fünf Jahre stehen dazu im Gegensatz. Schade, dass in der Politik diese Diskussion



Nicht berücksichtigt sind Sparten wie etwa die Chor-Musik - hier ein Auftritt am Bebbi-Jazz.

nicht stattgefunden hat. Konzept- und Leitbildgläubigkeit haben obsiegt.

#### Ungenügender Entwurf

Dieser Entwurf des Präsidialdepartements ist ungenügend. Das Geld spielt selbstverständlich eine wichtige Rolle für das Angebot kultureller Leistungen. Ohne zusätzliche Finanzen keine neuen Angebote. Es sei denn, man nehme bisherigen Subventionsempfängern Geld weg. Aber eine solche, brutale Umverteilung findet praktisch nie statt, was nachvollziehbar ist. Es bräuchte also zusätzliche Mittel, wenn in einem Leitbild die Förderung neuer Kulturangebote angesagt wird. Bei dieser Diskussion um die Finanzierung von Kulturangeboten kommt man nicht darum herum, von unserem Partnerkanton eine angemessene Beteilgung an unseren kulturellen Zentrumsleistungen zu fordern.

#### Mäzene bereichern Basels Kultur

Unser reiches Kulturangebot verdanken wir zum grossen Teil privaten Geldgebern und Kulturförderern. Vom Weitblick der Familie Amerbach, die im 17. Jahrhundert ihre Kunstsammlung der Stadt vekaufte mit der Auflage, sie öffentlich zugänglich zu machen und sie nicht zu veräussern, über das Mäzenatentum beim Museum für Gegenwartskunst, die Erweiterungen des Raumangebots des Kunstmuseums, bis zum Schaulager

und zur Fondation Beyeler; alles sind wesentliche Bereicherungen des Kulturlebens, ermöglicht von engagierten Basler Familien. Unsere Museen haben Sammlungen oder Geldbeträge von Privaten oder Firmen erhalten. Beispiele sind die Sammlung Im Obersteg im Kunstmuseum und die Sonderausstellungen Tut-ench-Amun im Antikenmuseum.

Auch klassische Musik, Jazz und Rock, oder günstiger Wohnraum für Musik-Studierende, durften und dürfen auf private Förderung zählen. Das ist keine vollständige Aufzählung, sie zeigt aber, dass wir hier niemals diese Qualität und Breite des Kulturangebots hätten, wenn nicht Private zugunsten der Öffentlichkeit grosszügige Schenkungen gemacht hätten. Diese Grossherzigkeit sollte auch im Basler Kulturleitbild erwähnt und verdankt werden. Leider ist das nicht der Fall. Ignoranz der Verantwortlichen?

### Bedeutung der Literatur übersehen...

Der Entwurf übersieht die Bedeutung zweier wichtiger Sparten: Literatur und Chorwesen. Beide haben für Basel grosse Bedeutung. Zwar wird Literatur zusammen mit den Bibliotheken im Leitbild erwähnt. Die adäquate Würdigung aber erfolgt leider nicht – auch nicht bei den Massnahmen. Das Literaturhaus, die wertvolle Arbeit von Hans Georg

Signer und Katrin Eckert, die BuchBasel und der Schweizer Buchpreis stehen für den Aufschwung der Sparte Literatur wie auch das Werk von Hansjörg Schneider, Alain Claude Sulzer, Martin R. Dean und anderen. Leider entspricht die Unterstützung in keiner Weise der Bedeutung der Literatur für unser Kulturleben.

# ...und Chöre schlicht vergessen

Die Chormusik kommt im Leitbild nicht vor. In Basel gibt es zahlreiche hervorragende Chöre mit hunderten Sängerinnen und Sängern. Meist wird auf ehrenamtlicher Basis gearbeitet. Die Basler Madrigalisten, erfolgreicher und einziger Chor mit Berufssängerinnen und -Sängern, bis jetzt aus der Kulturvertragspauschale subventioniert, wissen heute nicht, wie es weitergeht. Auch wenn das Europäische Jugendchor Festival zur Tradition geworden ist und unterstützt wird, besteht Nachholbedarf bei der Förderung der Chormusik.

Unseren Kulturreichtum verdanken wir weitblickenden Persönlichkeiten, welche im Laufe der Geschichte innerhalb und ausserhalb staatlicher Institutionen wesentliche Beiträge geleistet haben. Es ist unabdingbar, dass sich die Verantwortlichen für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Basler Kulturangebots dessen bewusst sind. Auch bezüglich dieses Bewusstseins besteht Nachholbedarf.

# Riehens Liberale reagieren: Steuerreduktion und Personalstopp



Nicole Strahm-Lavanchy, Präsidentin LDP Riehen Bettingen

Das bürgerliche Riehen hat in kantonalen Abstimmungen oft anders abgestimmt als die Stimmbürgerinnen und
Stimmbürger der links-grün dominierten Stadt Basel. Jüngstes Beispiel ist die
Abstimmung über die Topverdienersteuer. Während das städtische Stimmvolk
diese linksextreme Initiative angenommen hat, wurde sie in Riehen abgelehnt.
Mit anderen Worten: Die Mehrheit des
Rieheners Stimmvolks lehnte eine steuerliche Mehrbelastung ihrer von dieser

Initiative betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger ab. Trotzdem werden diese Riehener nun steuerlich mehrbelastet. Wir können und wollen dies nicht akzeptieren. Zum einen muss der Umverteilungslust linker Kreise entschieden entgegengetreten werden, zum anderen ist anzuerkennen und zu schätzen, dass die Betroffenen bereits heute einen grossen finanziellen Beitrag zur Bewältigung der Staatsaufgaben beitragen. Zu diesen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ist Sorge zu tragen, statt sie mit Neidinitiativen zu vergraulen und zu vertreiben. Aus diesem Grund werden wir anlässlich der Beratung des Politikplans im Einwohnerrat eine angemessene Reduktion des Vermögenssteuerfusses beantragen. Dadurch sollen die von der Topverdienersteuer betroffenen Riehener Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mittels einer reduzierten Vermögenssteuer einen angemessenen Ausgleich zur kantonalen Steuererhöhung erhalten.

# Wachstum der Verwaltung stoppen

Ein Dorn im Auge ist uns zudem das stetige Wachstum der Verwaltung. PRIMA hat dem Gemeinderat und Einwohnerrat die Kompetenzen entzogen, direkt auf die Personal- und Anstellungspolitik einzuwirken. Wir sind überzeugt, dass eine Verwaltungsreform notwendig ist und die Verwaltungsabläufe durch Straffung und Synergienutzungen effizienter gestaltet werden können.

Dies kann allerdings nur mit einer Abkehr von PRIMA erreicht werden. Da dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreichbar ist, fordern wir als Sofortmassnahme einen Personalstopp und werden einen entsprechenden Vorstoss einreichen.

### Nach der Wahl ist vor der Wahl



Conradin Cramer

Die eidgenössischen Wahlen sind vorbei. Bevor die Vorbereitungen zum kommenden kantonalen Wahljahr beginnen, möchte ich noch einmal auf den Herbst zurückzublicken: Was für ein Erfolg für die Liberalen! 3,5 Prozent an Stimmen dazugewonnen. Das zweitbeste Resultat aller Parteien. Die LDP ist die neue Nummer 1 der bürgerlichen Parteien. Das ist schlicht sensationell.

Wie ist so etwas möglich? Nun, man nehme eine Parteipräsidentin, die mit Tatkraft und Ideen das Team anführt. Dazu einen Amtsinhaber, der vier Jahre lang in Bern beste Arbeit für Basel geleistet hat.

Man nehme drei weitere Persönlichkeiten wie Anna Götenstedt, Raoul Furlano und Heiner Vischer, die liberale Werte authentisch vertreten. Dann kombiniere man diese fünf Hauptzutaten mit einer Parteibasis, die keinen Aufwand scheut und vollen Wahlkampf leistet. Fertig ist der liberale Grosserfolg.

Wir dürfen stolz sein auf diesen Erfolg. Aber ausruhen dürfen wir uns nicht darauf. Es ist längst nicht alles sonnig am Basler Horizont. Eine Mehrheit der Baslerinnen und Basler hat bei den Nationalratswahlen linke Parteien gewählt. Für die Gross- und Regierungsratswahlen vom kommenden Oktober liegt viel Arbeit vor uns. Die Stärke der LDP bringt Verantwortung. Wir LDP-ler müssen noch mehr Wählerinnen und Wählern zeigen, wie wir uns ein liberales Basel vorstellen: Mit guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, ohne klassenkämpferische Steuererhöhungen, mit attraktivem Wohnraum, ohne Verkehrsblockaden und mit den besten Bildungsinstitutionen.

4010 Base

Liebe LDP-Familie, ich wünsche Ihnen allen schöne Festtage und dann einen guten Start in das neue Jahr. Ein Jahr, in dem wir unseren LDP-Erfolg bestätigen wollen. Ein Jahr, in dem wir Wahlen zu gewinnen haben, damit sich unser Basel gut entwickeln kann. Zusammen können und werden wir das schaffen!

### Liberal

Forum für liberale Politik in der Region Basel

Dezember 2019

Preis Einzelpreis CHF 4.00, Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage 1'400 Exemplare erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen LDP Basel-Stadt LDP Riehen/Bettingen Jungliberale Basel

Redaktion André Auderset

Redaktionsadresse Elisabethenanlage 25 4010 Basel T 061 272 12 36 F 061 272 17 43 andre.auderset@ldp.ch

Inserate Elisabethenanlage 25 4010 Basel T 061 272 12 36 F 061 272 17 43

Herstellung Gremper AG, Basel/Pratteln

### "Rührender" Anlass der JLB



Traditionsgemäss fand auch dieses Jahr der Fondueplausch der Jungliberalen statt. Einer der wenigen Termine, an dem wir uns nicht primär um Politisches kümmern müssen und doch lassen sich Gespräche über die politische Vergangenheit und Zukunft unseres Kantons nicht verhindern. Die Jungliberalen können auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Neue Mitglieder sind unserer Partei beigetreten und mehrfach fanden unsere Anliegen Gehör, auch wenn es bei der Klimakommission mehrere Anläufe und einen grünen Anstrich brauchte. Gekrönt wurde dieses Jahr durch das gute Abschneiden der Jungliberalen bei den Nationalratswahlen. Wir sind nun die stärkste bürgerliche Jungpartei, was uns positiv auf das nächste Jahr und auf die Gesamterneuerungswahlen blicken lässt. Doch klar ist auch, dass der Kampf hart werden wird. Die Jungliberalen stellen sich aber der Herausforderung und gehen mit einem klaren Ziel in den Wahlkampf: Ein/e Jungliberale/r muss ins kantonale Parlament!